

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: R. Mosse, Haalenstein & Bogler, G. L. Daube,
Invalidentbank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gersmann,
Eberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S.
Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Nothbaar, A. Steiner,
William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. F. Wolff & Co.

Der Kaiser trat um 10 Uhr Vormittags auf der Mindener Seite ein: die Kaiserin folgte

Der Kaiser ritt mit 18 Uhr vorwärts auf der Mindener Seite ein; die Kaiserin folgte im offenen Schießspanner. Bereits vorher war die Prinzessin Adolf von Schaumburg-Lippe und neben ihr im Wagen sitzend die Fürstin von Schaumburg-Lippe angelangt. In einem anderen Wagen erblickte man die Wiedeburger Fräulein. Der Kaiser ritt, gefolgt von einer glänzenden Suite, die Paradeauffstellung ab und hielt sodann gegenüber der dichtbesetzten Tribüne. Das Wetter begünstigte den Vorbeimarsch, der zuerst bei der Infanterie in Kompagniefrenten, bei der Kavallerie in Eskadrons, bei der Artillerie in Batteriefronten im Schritt stattfand. Als die Majestäten sich der Tribüne näherten, wurden sie mit Hurrah begrüßt. Der Kaiser trug Generalsuniform, die Kaiserin helle Toilette. Der Kaiser führte alsdann, lebhaft vom Publikum begrüßt, das Regiment Nr. 53 vorbei, dessen Chef Kaiser Friedrich war. Der Fürst von Schaumburg-Lippe führte das 7. Jäger-Bataillon, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg die 18. Dragoner, General von Juchaczky das 27. Infanterie-Regiment und General von Blume das 13. Regiment vorüber. Nachdem der Kaiser das 53. Regiment vorgeführt hatte, ritt er an den Wagen seiner Schwester und unterhielt sich mit ihr. Der zweite Vorbeimarsch erfolgte bei der Infanterie in Regimentskolonne. Der Kaiser setzte sich abermals an die Spitze des 53. Regiments, kommandierte selbst und führte das Regiment vor, vom Publikum mit Hochrufen begrüßt, während die fürstlichen Damen sich im Wagen erhoben hatten. Der Kaiser hielt alsdann wieder neben dem Wagen der Prinzessin Adolf von Schaumburg-Lippe, bis das Regiment vorbei war. Das Regiment nahm alsdann vor der Tribüne Aufstellung, Kavallerie, Artillerie und Train vollzogen den zweiten Vorbeimarsch im Trab. Nach Beendigung der Parade ritt der Kaiser an das 53. Regiment heran, erinnerte daran, wie nahe das Regiment dem hochseligen Kaiser Friedrich gestanden, und theilte mit, daß die Prinzessin Adolf von Schaumburg-Lippe zum Chef des Regiments ernannt sei. Er hoffe, das Regiment werde sich dieser Ehre würdig erweisen, und wie es bisher in Krieg und Frieden sich glänzend bewährt habe, so auch in Zukunft bewähren. Der Regimentskommandeur dankte im Namen des Regiments und erbat sich die Erlaubnis, zur Befestigung des Selbstnisses ein Hoch auf den Kaiser ausbringen zu dürfen. Nachdem dies geschehen, begleitete der Kaiser den Wagen seiner Schwester die Front entlang. Nach Abhaltung einer kurzen Kritik verließ der Kaiser alsdann das Paradefeld.

Am 2. September, 5. September, wobei der
Drabi: Die Fürstlichkeiten, unter ihnen Prinz
Leopold von Baiern, und die Generalität trafen
um 2½ Uhr von Minden hier ein. Die An-
kunft des Kaiserpaars mit seiner Umgebung er-
folgte um 3 Uhr bei herrlichem Wetter. Auf
dem reich geschmückten Bahnsteig stand eine
Gruppe von Bauern und Bäuerinnen aus den
Streifen Minden und Liebde in ihren Volks-
trachten, die das Kaiserpaar begrüßten und Ge-
schenke, worunter selbstgeponnenes Leinen, über-
reichten. Der Kaiser und die Kaiserin unter-
hielten sich in heiterster Laune eine Viertelstunde
lang mit ihnen. Der Kaiser schritt sodann die
vor dem Bahnhof aufgestellte Ehrenkompagnie
ab, die aus Fußregiment des 7. Armeevors zu-
sammengesetzt war, nahm den Parademarsch ab
und fuhr darauf mit der Kaiserin zur Stadt.
Der fürstliche Wagen hielt gleich darauf vor
der prächtigen Ehrenpforte, wo die städ-
tischen Behörden, Ehrenmänner und blumen-
streuende Schülerinnen Aufstellung genommen
hatten. Bürgermeister Thiele hielt nun folgende
Ansprache:

„Allerburchlauchtigster Kaiser und König, allergnädigste Kaiserin und Königin! Eure kaiserlichen und königlichen Majestäten wollen huldvoll gefatten, daß die Vertreter der Stadt Dornhausen in Dankbarkeit und Treue den Willkommengruß der freudig bewegten Bürgerschaft ehrsüchtvoll darbringen. Ist unsere Stadt auch klein an Einwohnerzahl, so ist sie doch groß und starr an Liebe zum angefallenen Herrscherhause, das hier, auf dem allgemeinigen Boden, mit seinen gewaltigen historischen Erinnerungen durch die Gründung der königlichen Badeanstalt ein Friebeuswert geschaffen hat, welches als ein leuchtendes Denkmahl der Fürsorge für das Volk bis in die spätesten Geschlechter hineinragen wird. Ew. Majestät haben bereits als Prinz Wilhelm in diesem so mächtig emporblühenden Städtchen der rothen Erde gewohnt, das mit seinen segnenpendenden Heilquellen Hunderttausenden neuen Lebensmuth wiederzugeben, namentlich aber nach dem ruhmreichen Felsbuge von 1870—71 unzählige Kinder ge-

heißt hat, wie der Krieg geschlagen. Deynhausens verbannt sein Dasein der landesväterlichen Huld des erlauchten Hohenzollernhauses und Deynhausens blüht und gedeiht unter seinem erhabenen Schutze. Eure Majestät bitten darum die Bürgerchaft von Bad Deynhausens, den in Liebe, Dankbarkeit und Treue dargebrachten Willkommensgruß allergnädigst entgegenzunehmen zu wollen.“

Der Kaiser erwiderte, er freue sich, an einem Orte zu sein, dessen Heilquellen so vielen Menschen zur Wohlthat gereichen, danke für den schönen Empfang und wünschte Deynhausen weiteres Gedeihen. Die Kaiserin nahm aus den Händen der Frau Bürgermeisterin einen prächtigen Strauß von Marſchall Mikrofen entgegen. Sodann fuhren das Kaiserpaar zur Villa Strube. Auf dem ganzen Wege bildeten Schulen und Vereine Spalier. Abends fand bei den Majestäten im Kurhaus ein Paradenmahl statt.

Nach einer halbstündigen Besprechung mit dem Präsidenten Faure und einer darauf folgenden mit dem Ministerpräsidenten Brisson nahm General Zurlinden das Portefeuille des Krieges an, nachdem ihm Ministerpräsident Brisson gleichzeitig mit seinem Entschluß zur Uebernahme des Portefeuilles das Schreiben des Justizministers Sarrien hatte zukommen lassen, worin dieser vom Kriegsministerium die Uebermittlung des Protokolls über die Geständnisse des Oberleutnants Henry und der Affen des Dreyfus-Prozesses verlangt. General Zurlinden nahm das Portefeuille mit dem Ausdruck des lebhaften Bedauerns darüber an, daß er den Posten des Militärregiments von Paris verlasse. Auf Verlangen des Generals Zurlinden wurde vereinbart, daß er die Affen durchsehen könne, bevor sie an den Justizminister gelangen; damit er, mit der Angelegenheit völlig vertraut, an den Ministerberatungen theilnehmen könne. Heute Vormittag treten die Minister im Elysée zu einer Beratung zusammen.

Die republikansfreundlichen französischen Blätter, die nimmehr weitaus die Mehrzahl bilden, geben ihre Genehmigung darüber zu erkennen, daß das Kabinett sich der Nothwendigkeit, im Sinne der öffentlichen Meinung zu handeln, nicht länger verschließt, und daß der Kriegsminister die Unhaltbarkeit seiner Stellung eingesehen hat. Es ist selbstverständlich, daß die „Aurore“ und der „Siecle“ noch weiter gehen und den Ministern, die bleiben, dazu Glück wünschen, daß sie nun Cavaignac los sind und frei nach Recht und Gerechtigkeit handeln dürfen. Clemenceau sagt von ihm, wenn er noch länger hätte schalten dürfen, so hätte er die Regierung mit der Starrköpfigkeit eines Mannekins in irgend ein gefährvolles Abenteuer hineingerissen. Er habe geglaubt, es sei damit gethan, wenn der Oberstleutnant Henry zur Rechenstange gezogen werde, und da außer einer kleinen Militärkappe sich niemand mehr damit bequemen wolle, so hätte er nun gern die andern Fälscher, die du Path und Esterhazy geschäft. Angefichts der Unmöglichkeit, sein Vorhaben durchzuführen, ziehe er sich zurück.

Ein wichtiges Blatt, die „Vörsch. Wod.“ äußert sich, wie folgt: „Noch kürzlich schien es denselben Leuten, die nicht tief zu empfinden vermögen, daß es sich nicht lohne, um Dreyfus willen auch nur einen Finger zu rühren, da es sich nur darum handle, einen Juden zu retten, dessen Rehabilitirung angeblich die französische Armee in Mißkredit bringe. Möge Dreyfus zu Grunde gehen, wenn nur die Armee unbedenklich bleibt! . . . Alle vergaßen, daß es etwas Höheres als Politik giebt — die Wahrheit und Gerechtigkeit, und daß ein Staat ins Bankrott geräth und zu Grunde geht, wenn er dieser seiner Hauptpflichten vergißt. Dieser Gedanke ist schon früher von uns ausgesprochen worden, und wir freuen uns, daß die Sache jetzt eine Wendung nimmt, die gütig ist — nicht der zunächst nebenjächlichen Dreyfus-Affaire, sondern der Rehabilitirung der französischen Rechtsprechung und dem Triumph der Wahrheit und Gerechtigkeit in Frankreich. Es hat sich also erwiesen, daß Oberst Henry eines der von Canagiac in der Kammer verlegenen Dokumente gefälscht hat. Die Aufdeckung dieses breiten und unerwarteten Umstandes hat Henry veranlaßt, sich im Gefängnisse des Mont Valerien die Kehle abzuscheiden. Boisdeffre, der Chef des Generalstabes, hat seine Demission eingereicht. . . . Der Einbruch ist ein ungeheurer, ein erschütternder. Frankreich lebt noch, noch schlägt sein Puls kräftig. Die Gesundheit kehrt zurück, „es dringt wieder Licht und frische Luft herein“ — wie der „Temps“ sich ausdrückt. Nach der Demission Boisdeffres ist es natürlich unmöglich, den Prozeß Dreyfus nicht zu revidiren. Der Rücktritt Boisdeffres und die Revision des Prozeßes ist ein und dasselbe: die Regierung beginnt ihren Fehler einzusehen. Ein gerechtes Gericht wird stattfinden!“

Der Goldpokal, aus welchem der Kaiser

bei seiner am 20. August erfolgten ersten Anwesenheit als Kaiser in Mainz und mit ihm der Großherzog Ernst Ludwig von Hessen den Ehrentrunk dieser Stadt entgegengenommen hat, ist ein Meisterwerk deutscher Kunst. Der Pokal, ein Geschenk des dortigen Stadterordneten Dr. Otto Gastell an die Stadt Mainz, ist von dem gegenwärtig in Karlsruhe lebenden Professor Rudolf Mayer nach dem Entwurfe Hans Holbein's der Jüngeren, wie er sich in der Universitätsbibliothek zu Oxford befindet, ausgeführt. (Federzeichnung mit Angabe des farbigen Zusammenwirkens von Gold, Berlen und Edelsteinen.) Die den Becken frende deutsche Kaiserkrone und die im Hauptrelief kräftig hervortretenden Figuren des Handels- und Gewerbe- und Wehrstandes sind seine Erfindung, wie auch die meisterhafte Ziselirung des ganzen Beckers sein eigenhändiges Werk ist. Heinrich VIII. von England hatte beauftragt dem an seinem Hofe weilenden Baseler Künstler Hans Holbein den Auftrag gegeben, für seine Gemahlin Jane Seymour diesen prächtigen Pokal zu entwerfen; wohl in Folge des Hinführens dieser „stillen Königin“ unterließ dessen Ausführung, der Entwurf aber, welcher in dem Reichthume seiner Motive und der künstlerischen Gliederung wohl unerreicht dastehen dürfte, reizte in unserer Zeit hervorragende Künstler, wie Boffard in Luzern, Rud. Mayer u. A. m. zur Gestaltung. — Unter der deutschen Kaiserkrone trägt der Pokal das Wappenschild der Stadt Mainz in Emaille, auf dessen Mittelfelde die Widmung des Siffers „seiner sieben Vaterstadt Mainz in Treue Dr. Otto Gastell zum 20. August 1898“ angebracht ist. Am unteren Theile des Beckers hängt die goldene Kaisergemündmünze mit der Inschrift: „Kaiser Wilhelm II. bei seiner ersten Anwesenheit in Mainz und mit Ihm Großherzog Ernst Ludwig von Hessen nahmen am 20. August 1898 aus diesem Pokale den Ehrentrunk der Stadt entgegen.“ — Bei der Galatafel im königlichen Schloß zu Hannover erregte des Kaisers größtes Interesse der aus sieben Beckern bestehende **Silberchat der Stadt Osnaabrück**. Die Direktion des städtischen Museums hatte ihn zu Ehren des Monarchen nach Hannover gefandt und ihn für die Reise mit 400 000 Mark versichert. Auf den historischen, wunderbar gearbeiteten Kaiserbecken entsaßen allein 200 000 ge-

arbeiten mit Schwerbergriffen enthielten allein 300 000 Mt.

— Der **Großherzog von Baden** begab sich gestern Abend 7 Uhr von Stolzeng nach Sigmaringen, um von dort aus in den nächsten Tagen militärische Besichtigungen vorzunehmen. Die Rückkehr nach Schloß Mainau erfolgt am 8. September. — **Professor D. Vesfchlag** in Halle a. S. feierte gestern (5. September) seinen 75. Geburtstag. — Die Teilnehmer an der **Freien Völkischen Konferenz**, die gestern unter der Vorführung des Dr. Mariens aus Hamburg in Leipzig abgehalten wurde, fakte folgende Resolution: „Die Versammlung spricht ihre Überzeugung dahin aus, daß im Interesse des Groß- und Klein-Gewerbes der Arbeitsnachweis von den Arbeitgebern zu organisieren und zu handhaben ist.“ — Dem **Krieger-Verein „Germania“** in Halle ist nunmehr eine Verfügung des Polizeiverwaltungszuges zugegangen, durch die ihm die Vorrechte als Kriegerverein entzogen werden, so daß er eine Kriegervereinsfahne nicht mehr führen und öffentliche Aufzüge nicht mehr veranstalten darf und deshalb nur noch als **Vergnügungs- oder politischer Verein** zu betrachten ist. Diese Verfügung, gegen die die „Germania“ Beschwerde zu führen gedenkt, ist, wie erinnerlich, darauf zurückzuführen, daß die Mehrheit des Vereins, als dieser aufgefördert wurde, seinen Vorstehenden, einen Versicherungsbeamten Lange, da dieser lebhaften Umgang mit sozialdemokratischen Westtagsabgeordneten pflege, auszustößen, sich in Gegensatz zu dieser Aufforderung stellte, keineswegs die Entfennung des Betreffenden aus dem Verein beifchloß, sondern ihn vielmehr erneut zum Vorstehen wählte, da sie der Ansicht war, daß sein Umgang mit sozialdemokratischen Abgeordneten nur soweit stattegefunden habe, als er diese wie auch Abgeordnete anderer Parteiführung für ein Eintreten für Aufbesserung der Veteranenpensionen habe gewinnen wollen. Die Folge dieses Beschlusses war der Austritt fast aller für die Ausschließung des Betreffenden stimmenden Mitglieder, sowie der dem Verein als Ehrenmitglieder angehörnden Offiziere, ferner die Ausschließung des Vereins aus dem deutschen Kriegerbunde, die nun die erwähnte Polizeiverfügung nach sich gezogen hat. Die aus der „Germania“ ausgetretenen Veteranen haben sich bereits zu einem neuen Verein, dem „Verein der Kampfgenoßen“, zusammengefhlossen.

Berlin, 6. September. Zur Palästinareise des Kaisers wird gemeldet: General-Superintendent D. Braun in Königsberg wird sich, einer Ein-

ladung des evangelischen Oberkirchenraths folgend, zu den Einweihungsfeierlichkeiten der Erbkirche am 31. October nach Palästina begeben; ebenso hat General-Superintendent D. Döblin in Danzig die an ihn ergangene gleiche Einladung angenommen und wird die Palästinafahrt mitmachen. Auch mehrere Geistliche aus den Provinzen wollen nach Jerusalem reisen. Nach Mittheilung Schweriner Blätter hat außer dem Oberkirchenrath Giese auch der Oberkirchenrath D. Ward in Schwerin eine Einladung zur Theilnahme an der Orienifahrt des Kaisers erhalten.

— Zum Hoch des Kaisers auf die Königin von England wird der „Magd. Abg.“ geschrieben: Nach der Ansprache des Kaisers an die zum Feldgottesdienst vor der Waterloo-Säule in Hannover verammelten Truppen dürften wohl die Zweifel darüber beseitigt sein, daß das politische Verhältniß zwischen dem deutschen Reich und England wieder ein freundschaftliches geworden ist. Ein allerdings in seinen Mittheilungen höchst unzuverlässiges Blatt wollte sogar von dem Abschluß eines deutsch-englischen Schutz- und Trugbündnisses wissen. Daß es damit an der Wahrheit weit vorbeigekommen hat, muß aber jedem einigermaßen urtheilsfähigen Politiker sofort einleuchten. Für Deutschland würde ein derartiges Bündniß eine vollkommene Aenderung seiner Frontstellung bedeuten; die großen politischen Ziele beider Länder sind doch zu verschieden, als daß sie in dieser Weise ihrem Vorgehen Fesseln anlegen könnten. Und die Voraussetzungen, unter denen das Bündniß eingegangen werden müßte, wären doch zu ungleich; ein Schutz- und Trugbündniß würde zur Bedingung haben, daß der Besitzthum des einen Landes auch von dem anderen geschützt werden müßte. Für einen solchen Vertrag, der Deutschland sofort in die Welthandels-Englands hineinziehe, wird die deutsche Politik nun und nimmermehr zu haben sein. Diese ist, seitdem Fürst Bismarck ihre Leitung übernommen hat, stets bemüht gewesen, an die Fäden der diplomatischen Kunst des Fürsten Bismarck wieder anzuknüpfen, und wie weit ihr dies gelungen ist, liegt vor Aller Augen. Das Verhältniß Deutschlands zu dem östlichen Nachbar ist seit den Kaisertagen in Breslau wieder das freundschaftlichste, und dieser vom Fürsten Bismarck gewiesene Weg der Politik dürfte für Deutschlands Interessen auch der natürlichste Ausgangspunkt aller seiner politischen Bestrebungen und Unternehmungen sein. Selbstverständlich ist damit nicht ausgeschlossen, daß die deutschen Staatsmänner ihr Augenmerk darauf richten, auch mit den übrigen Mächten gute Beziehungen zu unterhalten, und wenn von Seiten Englands das Verlangen ausgesprochen ist, durch eine Verständigung über einzelne schwabende Fragen die bestehenden Meinungsverschiedenheiten auszugleichen und damit das gegenseitige Verhältniß zu verbessern, so wird kein deutscher Staatsmann so kurzschichtig sein, die dargebotene Hand zurückzuweisen. Es giebt in der That Fragen genug, die zwischen Deutschland und England allein geregelt werden könnten, ohne daß dabei die Interessen anderer Länder ins Spiel kommen, und dies sind in der Hauptsache Angelegenheiten kolonialer Natur. Deutschland hat sich bisher bei der Vertretung seiner Interessen in Afrika noch nie des Wohlwollens von Seiten Englands zu erfreuen gehabt, im Gegentheil, die englischen Mächte in Afrika scheinen immer einer Befestigung und Entwicklung des deutschen Kolonialbesitzes entgegen zu sein. Wenn England jetzt durch sein Vordringen im Sudan sich in die Lage gekommen sähe, die guten Dienste Deutschlands in Anspruch zu nehmen, so liegt für dieses kein Grund vor, sich den englischen Bündniß schroff gegenüberzustellen, sofern seine eigenen Interessen eine entsprechende und angemeßene Berücksichtigung finden. Auf Einzelheiten wird man sich bei dieser Erörterung noch nicht einzulassen können, so lange nicht der Inhalt der getroffenen Abmachungen bekannt geworden ist.

— Bei dem am Sonntag Abend im Ständehaus zu Hannover stattgehabten Festmahle erwieserte der Kaiser, wie wir mitgetheilt, auf den ihm durch den Grafen zu Inn- und Kynpfaufen abgeftatteten Dank für die Herausgabe des Welfenfonds an das frühere hannoverfche Königs-
haus: „Sie können fich verfidert halten, daß bei der Erinnerung an Meine große, unvergeßliche Urfrohmutter, die Königin Luife, Sie damals auch der hohen, fchwergeprüften Frau gedacht habe, und es Mir ein wahres Herzensbedürfnis und eine Beruhigung für Meine Seele war, als Ich wußte, daß Ich ihr eine Freude bereiten konnte, und Ihre Majestät hat die Gnade gehabt, Mir durch Ueberreichung eines wunder-
vollen Willnisses Meiner hochgeliebten Frau Urfrohmutter zu danken.“

In einigen Blättern werden die Worte von der „hohen, schwerkgeprüften Frau“ auf die Königin Viktoria von England bezogen. Nach

einem Bericht soll der Kaiser sie an dieser Stelle der Rede ausdrücklich genannt haben, wodurch natürlich jeder Zweifel ausgeschlossen wäre. Sonst aber liegt die Vermuthung nahe, daß die Wittve des verstorbenen ehemaligen Königs von Hannover, Georgs V., die Königin Marie gemeint war. Die Mutter des Königs Georg war eine Schwester der Königin Luise.

— Die Vermuthung der „Nat.-Lib. Korr.“, daß von den 7 Millionen Lire, deren der Papst für die zur allgemeinen Verwaltung der Kirche erforderlichen Auslagen jährlich bedürfe, ihm 3 Millionen indirekt durch das preussische Gesetz zur Aufhebung der Einkommen der katholischen Pfarrer zustehe, beantwortet die ultramontane „Germ.“ wie folgt:

„Gern, wenn möglich: „Aa wohl, so würden auch die preussischen Protestanten zur Abwehr der finanziellen Kalamität des heil. Vaters beitragen! Wie schrecklich! Schade, daß hier ohne jegliche Unterlage eine falsche Behauptung aufgestellt und daraus der zur Verheugung der skottischen Pension erforderliche Schluß gezogen wird. Um diesem elenden Manöver ein für alle Mal ein Ende zu machen, erklären wir die Behauptung der „Nat.-Lib. Korr.“ für erstunken und erlogen.“ Damit werden die protestantischen Steuerzahler wohl beruhigt sein.“

— Der Fleischverbrauch ist in Berlin seit Jahresfrist wieder erheblich zurückgegangen. In dem Geschäftsjahr vom 1. April 1897 bis 31. März 1898 sind auf dem städtischen Viehhof 50 491 Tiere weniger aufgetrieben worden als im vergangenen Jahre. Das bedeutet ein Kapital von 3 1/2 Millionen Mark. Dazu bemerkt die „Allg. Fleischzeitg.“:

„Zielerweise für das Bestehen einer Fleischnot kann es nicht geben, und wenn das gegen die Agrarier als Gegenbeweis darauf hinweisen, daß immer noch nicht alle Thiere auf den Berliner Fleischmärkten abgesetzt werden, so beweist das eben nur, wieviel Thiere schlechter Qualität hier aufgetrieben werden, wie unfähig die Agrarier sind, brauchbares Vieh zu liefern, wie notwendig also die Definnung der Grenzlinie ist, damit wieder brauchbares Schlachtvieh auf die Märkte kommt, und nicht, wie es jetzt vielfach der Fall, die Fleischer oft den Markt verlassen müssen, ohne geeignete Waare erlangen zu haben. Der starke Mangel an Vieh auftriebs und also auch des Fleischverbrauchs, der sich in den obigen Zahlen ausdrückt, macht sich natürlich in ganz Deutschland ebenso fühlbar geltend und fühlbar wie in Berlin. Die Forderungen dieses schweren Fleischmangels gehen aber noch weiter. Denn durch diese Fleischnot wird das deutsche Fleischnergewerk gezwungen, seine Wurstfabrikation einzuschränken und dadurch wird nun wieder dem Wettbewerb des Auslandes Thür und Thor geöffnet; die oft minderwertigen billigen amerikanischen Wursterzeugnisse verdrängen allmählig bei der ärmeren Bevölkerung den Verbrauch deutscher Wurst. Die Agrarier aber wollen ihre nationalen Schweine vor dem Wettbewerb des Auslandes geschützt sehen und überlegen dabei ganz, wie sehr sie das nationale Handwerk dadurch schädigen und so seiner Erwerbsexistenz gefährden. Die thörichten Drohungen der Agrarier, ihr Vieh selbst zu schlachten und selbst an das Publikum zu verkaufen, sind das einzig Komische in der ersten Lage. So oft die Herren Großgrundbesitzer sich auch schon die Fleischerhürde vorgebunden haben, ihre Schlächtereigenenschaften sind bis her sämtlich verfrachtet. Diese Drohungen fürchtet das Fleischnergewerk nicht, aber es fürchtet schwere soziale Gefahren, wenn nämlich endlich durch Aufhebung der Grenzlinie und der Quarantäneschwierigkeiten normale Fleischpreise im Interesse der Bevölkerung ermöglicht werden.“

— Die „Fr. Ztg.“ giebt unter allem Vorbehalt folgende Meldung ihres Belgrader Korrespondenten wieder. Derselbe schreibt: Von einem sonst sehr gut unterrichteten russischen Freund erhalte ich folgende Mittheilung: Von kurzem sandte Kaiser Wilhelm den Grafen Moltke mit einem eigenhändigen Schreiben an den Jaren und machte ihm den Vorschlag, daß man dem Kaiser Franz Josef zu seinem Jubiläum die beiden okkupirten Provinzen Bosnien und Herzegovina zum Geschenk mache, d. h. die Bestimmung des Berliner Vertrages durch ändere, daß diese Länder gänzlich und endgültig der österreichisch-ungarischen Monarchie einverleibt werden können. Wenn der Jar zustimme, könnten sie dann gemeinsam mit den anderen Signatarmächten des Berliner Friedensvertrages auch deren Zustimmung erwirken. Der Jar hat sofort nach Empfang des Handschreibens des Kaisers von Deutschland den Minister des Auswärtigen Grafen Murawiew und nach demselben den Oberprokurator Pobjedonoszew zu sich berufen und mit ihnen über diesen Vorschlag Kaiser Wilhelms berathen. Nach diesen Berathungen theilte Murawiew dem Grafen Moltke mit, daß die Mission keinen günstigen Erfolg

Ueber die **Verthverhältnisse** und die

Hypothekendarlehnung der Berliner Grundstücke entnehmen wir der schon erwähnten, uns freundlich zur Verfügung gestellten Zusammenstellung der „Hypothekendarlehnung Berliner Grundbesitzer“ folgende Angaben. Während die Zahl der bebauten Grundstücke in der Zeit von 1865 bis 1895 von 12 737 auf 22 965 gestiegen ist, sich also um 80,3 v. H. vermehrt hat, ist die Zahl der in diesen Grundstücken vorhandenen Wohnungen im selben Zeitraum von 138 356 auf 461 453, also um 231 v. H. gestiegen. Die jährliche Zunahme betrug in der ersten Zeit 3000 bis 8000, 1875 stieg sie auf 15 000, 1876 auf 20 000, sank dann allmählig bis auf 5000 (1881), um demnächst wieder zugunehmen und im Jahre 1891 mit 22 000 ihr Maximum zu erreichen. In den letzten Jahren betrug die Zunahme nur 11 000 und 12 000. Die Zahl der unbewohnten Wohnungen belief sich im Jahre 1865 auf 5067, 1867 auf 8627, dann sank sie bis 1873 allmählig auf 1042 und stieg dann bis 1879 auf 20 671. Daran

folgte ein Rückgang bis auf 6904 im Jahre 1887, wonächst die Zahl wieder zunahm und 1895 mit 31 597 ihr Maximum erreichte. Der Nettoertrag der Wohnungen unter Abzug von 8 v. H. vom wirklichen Ertrage des vorausgehenden Jahres belief sich im Jahre 1865 auf rund 57 Millionen Mark, im Jahre 1895 auf 306 Millionen Mark, so daß in diesen 30 Jahren eine Steigerung um 249 Millionen Mark, also um mehr als das Vierfache stattgefunden hat. Der durchschnittliche Ertrag jeder Wohnung läßt sich für 1865 auf 413 Mark, für 1895 dagegen auf 664 Mark berechnen. Auf jedes Grundstück kommt im Jahre 1865 ein Miethertrag von 4708, dagegen 1895 ein solcher von 13 600 Mark. Kapitalisirt man den Ertrag der Wohnungen, so ergibt sich für 1865 die Summe von 1147 Millionen Mark, für 1895 die Summe von 6128 Millionen Mark. Auf jedes Grundstück kommt im ersten Jahre ein kapitalisirter Ertrag von 91 275 Mark, im letzten ein solcher von 247 000 Mark. Der Versicherungsbestand der städtischen Feuerlozietät belief sich im Jahre 1865 auf 759 Millionen Mark, im Jahre 1895 auf 3505 Millionen Mark, ist also in den 30 Jahren um mehr als das Vierfache gestiegen. Auf jedes Grundstück kommt durchschnittlich ein Feuerasienwerth von 59 561 Mark im Jahre 1865 und 152 632 Mark im Jahre 1895.

Jahre 1895. Die hypothekarische Belastung sämtlicher Berliner Grundstücke ist für 1865 auf 752 Millionen Mark berechnet, 1875 betrug sie 1718 Millionen, 1885 2412 Millionen und 1895 4173 Millionen Mark. Während sich also im ersten Jahrzehnt die hypothekarische Belastung mehr als verdoppelt hat, hat sie im zweiten Jahrzehnt nur etwa um ein Drittel zugenommen; das dritte Jahrzehnt zeigt eine Zunahme um fast 1¼ Milliarden Mark oder mehr als 70 v. H. Der kapitalisierte Ertrag der Wohnungen überstieg die hypothekarische Belastung im Jahre 1865 um 395, im Jahre 1895 dagegen um 1915 Millionen Mark. Die hypothekarische Belastung betrug im Jahre 1865 65,6, im Jahre 1895 65,6, im Jahre 1895 68,1 v. H. des kapitalisierten Ertrags der Wohnungen, so daß das Verhältnis sich in diesen 31 Jahren nur unwesentlich zu Ungunsten der Grundstückeigentümer verschoben hat. Es sei noch erwähnt, daß die durchschnittlich hypothekarische Belastung jedes Grundstücks im Jahre 1866 60 789, 1895 dagegen 174 863 Mark betrug.

Nach eingeleiteter Zwangsversteigerung von Grundstücken pflegt sich derjenige, welcher das Grundstück zu erstehen beabsichtigt, die auf demselben bereits haftenden Hypotheken weiter zu sichern. In einem solchen Falle war vor dem

Termin zur Belegung und Vertheilung der Kaufgelder zwischen einem Hypothekengläubiger und dem nachmaligen Erbknecht des Grundstückes ein schriftlicher Vertrag geschlossen worden, wonach der Hypothekengläubiger wegen einer außerhalb des Mindestgebots liegenden Forderung von 190 000 Mark sich verpflichtete, falls der Gegenentrahnt das Grundstück erstehen sollte, diesem die Hypothekenforderung weiter zu kreditiren, es wurden ferner Abkommen betreffend Verzinsung, Kündigung und Fälligkeit getroffen. Alles das sollte später im Kaufgelderbelegungstermin erneut erklärt werden. Demgemäß wurde das Geschäft nach Zuschlag im Kaufgelderbelegungstermin regulirt. Die gebachte Vorverhandlung war mit 1,50 Mark bestempelt, der Stempelsteuerfiskus beanpruchte $\frac{1}{2}$ Prozent mit 157 Mark. Dieser zunächst bezahlte Betrag wurde im Prozeßwege zurückgefordert, und war zu entlassen, ob für die Kreditirung von Hypotheken eine Stempelsteuer von Schuldverreibungen zu erheben sei. Das Reichsgericht IV. Zivilsenat hat im Urtheil vom 21. Juli 1897 (IV. 227. 96) die Frage verneint. Aus den Gründen ist Folgendes hervorzuheben: Entscheidend ist, daß in dem Vertrage keine neue Schuldverbindlichkeit begründet ist, der Erbknecht vielmehr nur in eine bestehende und schon verbrieftc Schuld, für welche der Subhastat persönlich verhaftet war, einge-

treten ist und solche, ohne daß eine Verränderung des Rechtsgrundes stattgefunden, als Schuldner übernommen hat. Es fehlt daher der in Rede stehenden Urkunde an einem wesentlichen Erfordernisse einer nach der Tarifdisposition mit dem Prozeßstempel zu belegenden Schuldverschreibung. Daß die Schuldübernahme nicht erst in Gemäßheit des § 116 des Gesetzes vom 13. Juli 1893 in der Kaufverleugungsverhandlung erklärt ist, in welchem Falle, wie auch der beklagte Fiskus anerkannt hat, die in Rede stehende Verleugener überhaupt nicht hätte in Frage kommen können, sondern zum Zwecke der Vorbereitung der Verhandlung an Kaufverleugerelegierungstermin schon vorher in einem besonderen Vertrage verabredet worden, ist mit Recht für unüberbelig erachtet, da das entscheidende Gericht nicht darauf zu legen ist, daß in gleicher Weise, wie bei einer nach § 116 a. d. O. abzugebenden Erklärung der Schuldübernahme, der Eintritt in bereits bestehende Schuldverhältnisse unter alleiniger Verränderung der Nebenbestimmungen erklärt worden ist.

zustand der Armee ist ein guter.